

Wiederkehrt bewaffnete Gewalt gegen die proletarischen Klassenorganisationen, gegen die antifaschistischen Organisationen, gegen den Kommunistischen Jugendverband und vor allem gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Eingliederung der sozialistischen Massenorganisationen der RSDP, in die kapitalistische Staatsorganisation ist eine Aufgabe, die die Bourgeoisie nur lösen kann mit Hilfe einer ausgesprochen faschistischen Regierung.

Die Brünning-Regierung erlag jerner dem Anhören der offensichtlichen Großhantier, die — gefügt auf die sozialistischen Massenorganisationen und ihren Terror — immer stärkere Angriffe auf die öffentlichen Steuerzahler erhaben und die mit Hilfe der Papen-Regierung schneller zur Wiederherstellung ihrer Rechte und Privilegien kommen wollen.

Während die Regierungsmethoden der Bourgeoisie unter der Brünning-Regierung darauf angelegt waren, alle Angriffe auf die Lebenshaltung des Proletariats und der gesamten werktätigen Bevölkerung im unmittelbaren Einvernehmen mit den reaktionären und konservativen Gewerkschaftsführern, die zum Teil direkt in der Regierung vertreten waren, durchzuführen, hält die Bourgeoisie die Zeit jetzt für gekommen, um in offene Kampfführung gegen die Gewerkschaften zu übergehen und gegen die Sozialversicherung überzugehen. Die Kennzeichnung des gegenwärtigen Unterhändlungszeitraums mit seinem sammelnden Zähnen für Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger usw., als „Wohlfahrtsstaat“, wie es in der Regierungserklärung des Brünning-Kabinets gehabt, zeigt den sozialistischen Charakter der Papen-Regierung auch in der unverhüllten Übernahme der Kapitalstrophe in die offizielle Regierungssprache der Hindenburg-Republik.

Die Zusammenziehung des sozialistischen Papen-Kabinetts vorwegend aus Junkern, Baronen, Freiherrn u. dgl. ist keine zufällige. In der Berufung von Ministerium durch Hindenburg, die familiär und politisch aus engste mit den 1918 durch den revolutionären Volkskampf abgefallenen Fürstenfamilien verbunden sind, funigen sich die verschärften Angriffe der alten, in der Hohenlohermonarchie herrschenden Adelsfamilie an, die sich anschickt, in der einen oder der anderen Form „angekommene Herrscherrechte“ über das Volk wieder zu übernehmen. Die ganze Periode von 1918, als das Auskunftsministerium zum Teufel gejagt wurde, bis heute, ist ein eingesetzter Prozeß der Wiederherstellung der alten Fürstenfamilien in ihre Rechte und Privilegien. Von der Hindenburgschaft abgängiger Offiziere in den Grenztruppen und die Freiwilligengesellschaften des Sozialdemokratischen Kreises über die Millionenanhänger an chemisch reagierende Fürsten und ihren Monarchie-Abhang, über Eborts Zustimmung zur Rückkehr des „Kronprinzen“ zur Zeit des Stresemann-Regierung, bis zur Eingliederung der Hohenloher und anderer Fürstlichkeiten in das Rückerstöps der Nationalsozialisten führt ein Weg bis zu den heutigen unerhöhten Angriffen und dem Auftreten der legatenen „angekommenen Herrschern“. Über Schleicher-Hindenburg-Hitler verlaufen sie, sei es durch den Plan einer Reichsverwaltungsgesellschaft des Hohenloherengeschlechts, sei es durch offene Restaurationsbestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie in Preußen und im Reich, das, was ihnen zur Wiederherstellung ihrer alten Rechte und Vorteile noch fehlt, danachholen. Das Rückenpferd und die ganze mit ihm verbundene Unterordnungsherrschaft des Papstlagers, Konservativen und Spekulanten aller Art wollen die „Kanaille“ Volk wieder „herlichen Zeiten entgegenführen“ und den Massen für den Zutritt der Hohenloher zulässige Pforten aufbürden. Hinter den Rücken drängen die bankrotten Orléans, die die Zeit nicht mehr erwarten können, wo sie mit Hilfe einer Inflation sich auf Kosten des ausgeplünderten Volkes „sanieren“ können.

Dank der Politik der logistisch-militärischen Führer, die — im Dienst des Finanzkapitals — aus Rücksicht vor der proletarischen Revolution sich den alten Offizierskorpo zur Rückerholung der revolutionären Vorhut des Proletariats unter Spartakos bedienten, holt die Rücken, unter ihnen das deutsche Finanzkapital, im Jahre 1914 für die Relegation des deutschen Finanzkapitals in den Weltkrieg gepfeift wurde, heute ein neues „Drittes Reich“ der Rückbildung und Unterdrückung erschaffen zu können.

Die verblauten Uniformen und Gestalten der Konsulat im Punde mit den halbensteuerortierten zeigen den plattigen Ernst der monarchistischen Restaurationszentendenzen.

Das Proletariat, das gesamte werktätige Volk, muß die einzige Gefahr der weiteren tiefen Verfallung des deutschen Volkes durch eine mächtige und ausländerne Auslandskapitalistin, die sich auf die Wiederaufbauorganisationen des Nationalsozialismus lässt, erkennen.

Tablet darf das Proletariat in seinem Moment durch die Taktik der SPD-Führer vorwirken lassen, die den engen Zusammenhang zwischen den monarchistischen Restaurationsbestrebungen und der sozialistischen Diktatur des Finanzkapitals zu verschleiern suchen, indem sie die „monarchistische Gefahr“ zur Hauptfrage machen und den wirtschaftlichen Kampf gegen die sozialistischen Diktaturmaßnahmen des Finanzkapitals labieren.

Die monarchistischen Restaurationsbestrebungen laufen ganz unverhüllt in der Rüde, die der Reichskommissar v. Gau in der letzten Reichsregierung gehabt hat, wo er ausschließlich die Monarchie nach seiner Aussöhnung die „alte Staatsform“ sei und er aus dieser Meinung keinen Hehl zu machen brauche, zum Ausdruck. Bei einem Teil der Sozialistischen Volkspartei, die definitiv der Zentrumspartei gegenüberlich steht, sind im Abwehr Hohenloherlicher Restaurationsbestrebungen mit gleicher Offenheit Stimmen laut geworden, die von der Wiederherstellung des bayrisch-Wittelsächsischen Monarchen sprechen. Wir müssen uns klar darüber sein, was die Durchführung der Politik des Finanzkapitals mit den Methoden eines monarchistischen Klassenhauses bedeutet.

Dreiklassenwahlrecht, Judentum, Abolitionismus, widerliches Hochkanturum, elektorale Zusammensetzung, hemmungslose Diktatur des Finanzkapitals, brutale Mordkampf der einfachen Arbeiterschaft, das sind einige Merkmale einer Rüde, in der der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat monarchistisch regiert wird. Die Wiederherstellung eines Zustandes, in welchem mit den unter dem Monarchismus üblichen Terrormethoden regiert wird, das ist das unabwehrbare Ziel der Rüde, aus denen sich amtierende Minister der Hindenburg-Republik rekrutieren. Für diese Zielsetzung ist es zunächst belanglos, ob der eine den ehemaligen Kronprinzen, den Helden von Charlieville, den andern Rupprecht v. Bayern oder den heiligen irgendwelche „neutrale“ Fürstlichkeit an der Spitze des Deutschen Reiches leben möchte.

In den hier zum Ausdruck kommenden separatistischen Tendenzen spiegeln sich entliche Gegenläufe im Lager der Bourgeoisie wider. Das Proletariat muß die tieferen Ursachen dieser Tendenzen (es ist schon wieder von der „Mainline“ die Rede) völlig klar erkennen. Die Bestrebung zur Förderung des Zusammenhangs der einzelnen deutschen Länder beruhen auf den alten Gegensätzen, die schon in der Bismarckisch-preußisch geführten Reichspolitik im hohenstaufenischen Kaiserreich deutlich traten. Der französische Imperialismus nutzt diese Gegensätze bewußt aus, um die Abhängigkeit Deutschlands im Rahmen des Verhältnisse Systems zu verstetigen. Die legatenen „Süddeutsche Grön“ der Rüde, die vornehmlich unter Zentrumsseitlich Reden, beruht auf dem Gegenzug der Interessen der süddeutschen Industrie- und Landwirtschaft einerseits, und den Großhantier Ostpreußens und der westdeutschen Schwerindustrie andererseits. Die Bevorzugung der Ostpreuß durch die „Ostlinie“ und andere Maßnahmen der Reichsregierung, die Bevorzugung der westdeutschen Großindustrie bei der Vergabe von Subventionen aus den öffentlichen Steuergeldern rufen den schwächen Widerstand der süddeutschen kapitalistischen Wirtschaftsteile hervor. Als Gegenmaßnahmen drohen die hinter der jungen Reichsregierung stehenden Junter und Batzke mit der Einlegung von Reichskommissarien gegen die wirtschaftlichen Bänder. Hingegen kommt der alte Zentrumspolitiker

Die Antwort auf den Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub!

Wir gehen den revolutionären Ausweg!

Tausendsacher Protest der Kriegs- und Arbeitsopfer mit den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern. Begeisterter Kampftumming für die Antifaschistische Aktion

Gestern gaben alle Arbeiter, am Sonntag, den 28. Jan., am Waffenauftakt der Antifaschistischen Aktion in 18 Städten teiligen.

Razigarden provozieren

Überfall auf die Annenstraße geplant

Während alle Versammlungen ohne Zwischenfälle verliefen, verübten die SS-Garden einen Überfall auf die Annenstraße durchzuführen, um die Versammlung der Kriegsleibkämpfer und Juvalden aneinander zu schlagen. Grade zum Schlus der Versammlung fanden plötzlich 100–150 dieser Nordbanditen, begleitet von einem Polizeiauto, und machten in der Annenstraße halt, auf ein eisbares Kommando hämmerte die uniformierte SS-Kompanie durch die Clemensstraße nach dem Alschholzplatz.

Plötzlich hörte man Rufe: „Polizei!“ Der Überfallwagen der Polizei legte sich in Bewegung und bescherte alle Zeiter in der Nähe des Alschholzplatzes ab. Nur der außerhalb Polizei der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß es nicht zu schweren Schlägereien kam. Die Nazis, die auf der Annenstraße verteilt waren, hatten Gummimäppchen, Dolche und Revolver. Das auf wurde die Polizei sofort außerhalb gemacht. Trunken wurde aber kein Nazi verhaftet, sondern die Versammlungsteilnehmer auseinandergetrieben. Während sich dieser Vorfall zu und um den Alschholzplatz abspielte, kam ein weiterer Trupp besserer Nordbanditen im Sturmritt vom Alschholzplatz durch die Annenstraße geradelt, der jedenfalls als Rekurrenz eingesetzt werden sollte. Die Arbeiterschaften lachten sich los und trieben diesen Trupp fast bis zum Alschholzplatz zurück. In diesem Augenblick erschienen drei Überfallwagen, deren Polizeieinsatzungen sofort mit dem Gummimäppchen gegen die Kriegsopfer, Invaliden und Rentner vorgenommen.

Die Diskussionen der Arbeiterschaft über notwendige Schutz- und Abwehrmaßnahmen gingen trocken bis in die tiefe Nacht, während Sozialdemokraten erklären: „Zeigt es Schutz, ich will wissen, was wir zu tun haben! Nur unter revolutionärer Führung können wir zum Sieg kommen. Wir marschieren am Sonntag geschlossen zur Antifaschistischen Aktion!“

Der Rentenabzug beginnt

In den Platzräumen der Stadt Berlin sind Nachlässe der Bundesversicherungsanstalt angekündigt, daß die durch Rückerstattung verhängte Kürzung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrente in Höhe von 8, 5 und 4 Mark durchgeführt werde, Es geben wegen Weiterzahlung der alten Räge jetzt zwielos.

Gegenstand zwischen Protestant und Katholiken, der ja auch nur eine Überzeugung eines sozialistischen Interesses ist. Die jüdischen Gründe ist nichts anderes als ein Ausdruck der verschärften Gegenläufe und Widerstände im Lager der Bourgeoisie. Es bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten, aus diesem Kampf monachalisch-madpolitischen Interessen im Lager der Bourgeoisie eine „antifaschistische Aktion“ Südwürttembergs gegen das Papen-Kabinett zu kontrulieren, so wie es der „Vorwärts“ in einem Artikel am 21. Jan. tut.

Welche Normen der „Kampf“ zwischen Reich und Ländern auch annehmen möge, kein Ergebnis ist die weiteste Stützung der sozialistischen Gemalten im Reich und in den Ländern, zur Verstärkung der Gewaltunterstützung des deutschen Finanzkapitals.

Aus diesen Zukunftsangaben ergibt sich bereits das Wesentliche über den Charakter der Papenregierung.

Die Papenregierung ist eine Regierung zur unmittelbaren Ausrichtung der sozialistischen Diktatur.

Die Bourgeoisie hat der Papenregierung zur unmittelbaren Aufgabe gegeben, die sozialistische Diktatur in Deutschland zu errichten. Auf der Reichskonferenz der Sozialistischen Unionspartei wurde das Programm der Papenregierung bereits gemeinsam als „ungeheurem verschärften Hunger- und Gewaltkampf“ und es wurde gezeigt, daß die Papenregierung ihr Programm durchführt;

unmittelbar gelingt auf die sozialistischen Terrororganisationen und unter Ausnutzung des reformistischen Einflusses auf entsprechende Arbeiterschaften“.

Die nächsten Ziele, die die Papenregierung vorerst durchzuführen will, bestehen also in folgenden Hauptpunkten:

1. Errichtung der Sozialversicherung, der legatenen Gewerkschaften der Arbeiterschaft, Bekämpfung der Arbeitslosenunterstützung und die Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung in eine Beteiligungseinheit. Durchführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung zur Reduzierung des Lebensstandards der gesamten werktätigen Bevölkerung.

2. Vorbereitung und Durchführung des Verbotes der revolutionären Arbeiterschaften.

3. Offene Eingliederung der sozialistischen Terror-Organisationen der SA und SS, in den kapitalistischen Staatsapparaten zur Sicherung der ungeheuerlichen Offensiv gegen das werktätige Volk mit Hilfe des entlasteten sozialistischen Terrors. Verstärkter Kurs zur Militarisierung, insbesondere der Jugend (Arbeitsdienstpflicht, sozialistische „Sport“organisationen u. a.).

Der Inhalt der bisher erlassenen Notverordnungen zeigt den sozialistischen Charakter der Papenregierung. Aufhebung des Uniformverbots für die nationalistischen Verbände, Stahlhelm u. a., die Legalisierung der Nazi-mordorganisationen SA und SS, und die Einführung eindeutiger Ausnahmedestruktions gegen die Kommunistische Partei zeigen den Willen der Papenregierung zur Duldung, Förderung und Organisierung des sozialistischen Terrors gegen die Organisationen und Einrichtungen der deutschen Arbeiterschaft. Der Abbau der Renten und Unterstützungen, Einführung neuer Abgabensteuern bei gleichzeitiger Entlastung der Reichen zeigt die Papenregierung als Sackwetter einer kleinen Oberschicht von Millionären, Großbodenbesitzern und Spekulanten, die die sozialistischen Massenorganisationen zur Sicherung ihrer ungeheuerlichen Angriffe auf die Lebenshaltung der gesamten werktätigen Bevölkerung verwendete. Die neue Uniformierung der SA und SS ist nur durchführbar, weil das Finanzkapital mit neuen Riesensummen eingriff, um die SA- und SS-Organisationen der RSDP zur Sicherung der kapitalistischen Ausbeutung und der Verstärkung der Rechtspolitik des deutschen Volkes zu fördern und auszuprägen.

Die Nationalsozialisten sind voll und ganz verantwortlich für die Politik der Papenregierung. Die Papenregierung hält sich auf einen Punkt, den die Hitler-Gruppe mit dem General Schleicher zur Durchführung der sozialistischen Notverordnungspolitik gegen das werktätige deutsche

Volk geschlossen haben. Keine demagogischen Manöver können die Hitler-Führer verhindern, daß der Bevölkerungspolitik des Kabinettes der Panzertruppen, der Rüstungs- und Gewerbe. Wenn in der gegenwärtigen Regierung kein einziges Mitglied der RSDP vertreten ist, so ändert das nichts daran, daß die sozialen Regierungsmänner alle die Maßnahmen einzuführen, in denen sich ja auch die Regierung des RSDP-Führer sehr erhofft. Die RSDP-Führer hat das Papenamt begehrte. Hitler hat offen erklärt, daß er bei Regierungsräumen nicht daran denkt, die Rückerstattungen aufzuhören, daß er in Bezug auf das Volk bedeckende Tributabgaben besteht. Er hat seine Anhänger verzögert auf Konferenzen, auf denen die Nazi-regierung die Güldigermäßigung zum „Rückgewinn“ bringt würde. Die Politik der vom Finanzkapital finanzierten RSDP ist also eine Politik der Verstärkung des Verbraucher-Anspruchs und der doppelten Ausbeutung des deutschen Volkes durch deutsche und ausländische Finanzkapital. Die nationalsozialistischen Führer sind die unmittelbare Stütze der Regierung, die auf der Konferenz in Paris gemeinsam mit den gegenüber dem deutschen Volke unbedeutenden Güldigernächtern verbündet um den Preis einer Teilnahme am Kriege gegen den einzigen Arbeiterschaft, sozialistische Sowjetunion. Die RSDP ist die Stütze einer Regierung, die unverhüllt ihre Wehrbewerbungen zur Herbeiführung eines französisch-deutschen Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion und gegen den Feind im inneren Land, d. h. gegen das revolutionäre Proletariat und seine Führer, die Kommunistische Partei, eben über den Menschen hinaus.

Die Sozialdemokratie, die durch die fortgelente Täuschung der Bevölkerung und durch die Hindenburg-Propaganda Voraussetzungen gehalten hat für die Ausrufung des Totalitätsregimes der Junter, Generale und Industriekapitäne, ist jetzt die Nazis, die die unmittelbare Stütze dieser Regierung sind. Die Nazis sind die einzige Regierungsmänner alle die Maßnahmen einzuführen, in denen sich ja auch die Regierung des RSDP-Führer sehr erhofft. Die RSDP-Führer hat das Papenamt begehrte. Hitler hat offen erklärt, daß er bei Regierungsräumen nicht daran denkt, die Rückerstattungen aufzuhören, daß er in Bezug auf das Volk bedeckende Tributabgaben besteht. Er hat seine Anhänger verzögert auf Konferenzen, auf denen die Nazi-regierung die Güldigermäßigung zum „Rückgewinn“ bringt würde. Die Politik der vom Finanzkapital finanzierten RSDP ist also eine Politik der Verstärkung des Verbraucher-Anspruchs und der doppelten Ausbeutung des deutschen Volkes durch deutsche und ausländische Finanzkapital. Die nationalsozialistischen Führer sind die unmittelbare Stütze der Regierung, die auf der Konferenz in Paris gemeinsam mit den gegenüber dem deutschen Volke unbedeutenden Güldigernächtern verbündet um den Preis einer Teilnahme am Kriege gegen den einzigen Arbeiterschaft, sozialistische Sowjetunion. Die RSDP ist die Stütze einer Regierung, die unverhüllt ihre Wehrbewerbungen zur Herbeiführung eines französisch-deutschen Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion und gegen den Feind im inneren Land, d. h. gegen das revolutionäre Proletariat und seine Führer, die Kommunistische Partei, eben über den Menschen hinaus.

Untere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands, seit im schwäbischen Kampf gegen alle bürgerlich-kapitalistischen Parteien, von der SPD bis zu den Nationalsozialisten. Unsere Partei vertreibt die Interessen aller ausgebütteten und verschärften Schichten, sie lebt sich zusammen aus ehemaligen Kämpfern des Proletariats. Wir sind die einzige Partei des Proletariats. Wir sind die einzige Partei des Sozialkampfes des deutschen Volkes gegen Versailles, Young- und Kapitalistische Führer. Wir führen uns in unserem Sozialkampf verbinden mit den Arbeiterschaften, die in der ganzen Welt unter dem Banner der proletarischen Revolution und des Sozialismus, insbesondere mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, zusammen mit den Sozialistischen Verbänden, die den Sozialismus aufbauen. Wir müssen uns nicht darüber, daß die Regierung der deutschen Führer es wagt, die Kommunisten außerhalb der Sowjetunion mit der „Begründung“, die Kommunistische Partei Deutschlands ist „keine deutsche Partei“. Wir müssen aber die Sowjetunion aufmerksam, daß die Kommunisten außerhalb der Sowjetunion leben müssen, wenn sie nicht in einem Moment, wo die Regierung der deutschen Führer gegen die Arbeiterschaften der Sowjetunion kämpfen, die Sowjetunion schwächen, wird die Sowjetunion nach wie vor als legitime Hauptstütze der Sowjetunion.

Die Führer, die Kommunistische Partei Deutschlands, seit nicht mehr zu übersehen, die in der Sowjetunion leben müssen, wenn sie nicht in einem Moment, wo die Regierung der deutschen Führer gegen die Arbeiterschaften der Sowjetunion kämpfen, die Sowjetunion schwächen, wird die Sowjetunion nach wie vor als legitime Hauptstütze der Sowjetunion.